

25. April 2022

Sehr geehrte Damen, sehr geehrte Herren,

haben Sie vielen Dank für Ihren Offenen Brief vom 12. April 2022, in dem Sie uns sowie die Vorstände und Geschäftsführer der an der Kommunalen Beteiligungsgesellschaft beteiligten Stadtwerke um eine Stellungnahme zu Überlegungen der STEAG GmbH hinsichtlich eines möglichen Brennstoffwechsels für das Steinkohlekraftwerk Walsum 10 in Duisburg bitten.

In Ihrem Schreiben erwecken Sie unter Verweis auf die Website der STEAG den Eindruck, das Unternehmen verfolge konkrete Pläne für eine Umrüstung des Kraftwerks auf Holzbiomasse. Tatsächlich heißt es in dem von Ihnen angeführten Text lediglich: „Und für das Kraftwerk Walsum 10 prüft STEAG gerade die Option eines Brennstoffwechsels hin zu Biomasse bzw. Holzpellets.“ Insofern stellen wir fest, dass das Thema Brennstoffwechsel derzeit keineswegs den Konkretionsgrad hat, den Sie irrtümlich unterstellen.

Zutreffend ist also, dass STEAG im Zusammenhang mit der gesetzlich verankerten Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland für das erst 2013 in Betrieb gegangene und damit noch junge Kraftwerk in Duisburg-Walsum einen Brennstoffwechsel prüft. Dafür käme neben der Variante Biomasse prinzipiell auch der Energieträger Erdgas infrage. Diese Prüfungen sind jedoch noch nicht abgeschlossen, und insofern kann von konkreten Plänen für eine Umrüstung keine Rede sein.

Mit Blick auf die von Ihnen gegen eine mögliche Nutzung von Holzbiomasse ins Feld geführten Argumente gestatten Sie uns bitte hinsichtlich der Ihrerseits zitierten Aussagen der Bundesumweltministerin Steffi Lemke beziehungsweise des Bundeswirtschaftsministers Robert Habeck den Hinweis, dass diese aus dem vergangenen Spätsommer stammen und somit vor dem militärischen Überfall Russlands auf die Ukraine getroffen worden sind.

Es ist jedoch unstrittig, dass der Krieg in der Ukraine erhebliche Auswirkungen auf die Energieversorgung auch in Deutschland haben wird. Die mittel- und unmittelbaren Folgen dieses Kriegs mitten in Europa haben auch eine Veränderung der energiepolitischen Prioritäten zur Folge: Vor allem der Aspekt der Gewährleistung von Versorgungssicherheit hat insbesondere für Minister Habeck inzwischen merklich an Bedeutung gewonnen. So wird aktuell etwa die Frage diskutiert, ob der Energieträger Steinkohle für eine Übergangszeit einen Beitrag leisten kann, um die Energieabhängigkeit Deutschlands von Russland zügig zu reduzieren. Wir möchten an dieser Stelle ausdrücklich betonen, dass STEAG die Grundsatzentscheidung zur Beendigung der Kohleverstromung in Deutschland mitträgt und auch in Zukunft einen maßgeblichen eigenen Beitrag zum Gelingen der Energiewende leisten wird.

Diese insbesondere politisch zu führende Diskussion über eine mögliche „Nachspielzeit“ für Steinkohlekraftwerke dauert weiter an. Da das Ergebnis der laufenden Debatte aber von eminenter Bedeutung für die Frage ist, welche künftigen Perspektiven sich für den Kraftwerksstandort Walsum perspektivisch bieten, gilt es nun zunächst eine Entscheidung der Politik abzuwarten, ehe STEAG anschließend die unternehmerischen Entscheidungen zum Kraftwerksstandort Walsum treffen kann.

Dies betrifft ausdrücklich nicht das Vorhaben von STEAG, am Standort Walsum eine umfassende Elektrolyseanlage zur Erzeugung grünen Wasserstoffs zu errichten, mit der der Stahlstandort Duisburg in einigen Jahren schrittweise dekarbonisiert werden soll. An der Umsetzung dieser Planungen arbeitet STEAG intensiv und völlig losgelöst

von der Frage, welche Entwicklungsperspektiven das Steinkohlekraftwerk Walsum 10 mittelfristig hat.

Soweit unsere – auch mit der STEAG abgestimmte – Erklärung zu den von Ihnen aufgeworfenen Fragen.

Mit freundlichen Grüßen

Carsten Schröder

-----  
KSBG Kommunale Verwaltungsgesellschaft GmbH Rüttscheider Str. 1-3  
45128 Essen, Germany

Geschäftsführung: Carsten Schröder

Stellvertr. Aufsichtsratsvorsitzender: Ralf Sikorski Sitz der Gesellschaft: Essen  
Amtsgericht Essen HRB 22675